Nr. 72. 18. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich M. 1,20, vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Freitag, den 25. März 1904.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: **Süd-St. Pauli** bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. **Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde** bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. **Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel** und **Winterhude** bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. **Barmbeck, Uhlenhorst** bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. **St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn** und **Schiffbeck** bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. **Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder** und **Veddel** bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. **Eilbeck, Wandsbeck** und **Hinschenfelde** bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. **Altona** bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. **Ottensen, Bahrenfeld** bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

„Oderint, dum metuant!“*)

Im Zeichen hochgradigen Sozialistenhasses stand die zu Ende gegangene Tagung des Reichstags. Seine Atmosphäre war dicht geschwängert von Bosheit und Fanatismus gegen die Partei des Proletariats. In der Ouvertüre gab der Reichskanzler mit seiner Zukunftsstaatsrede und mehr noch mit ihren Epilogen den Ton an, der in giftgeschwollenen Expektorationen der Scharfmacher sein verstärktes Echo fand, aber auch von fast sämtlichen Bänken der bürgerlichen Reichsboten widerhallte.

In diesen Expektorationen des Hasses entlud sich der lang verhaltene Aerger über unsere großartigen Wahlerfolge, der sich in den zottigen Männerbrüsten unserer Gegner angesammelt hatte. Und gut national, wie sie sind, haben sie für ihren Groll und Haß auch die entsprechenden Akzente gefunden. Denn wie singt Heine?

„Aber wir verstehn uns baß,
Wir Germanen, auf den Haß,
Aus Gemütes Tiefen quillt er,
Deutscher Haß! doch riesig schwillt er,
Und mit seinem Gifte füllt er
Schier das Heidelberger Faß.“

Provoziert wurden diese Entladungen durch die ätzende Kritik unserer Fraktionsredner an diversen Auswüchsen und wunden Stellen des Systems und der Verwaltung. Zwar „Kritik muß sein“, das wurde auch am Regierungstisch zugestanden; aber — da kommt uns schon wieder ein Zitat in die Feder, die sarkastische Stelle in einer Schrift des berühmten Aesthetikers Fr. Th. Vischer, dem man ebenfalls seine gepfefferte Kritik verübelte: „Auf das muffige Fleisch gehört Pfeffer, man gibt es zu, aber er soll nicht brennen; auf die gichtische Stelle gehört Kantharidensalbe, aber sie darf nicht ziehen; auf den Karbunkel Höllenstein, aber er darf nicht fressen. Dagegen meinen wir,“ fährt Vischer fort, „unser Pfeffer soll brennen, unsere Käfersalbe soll ziehen, unser Höllenstein soll beißen. Hineingeblitzt, hineingedonnert muß werden, wie von Hamlet, der mit seiner Mutter „Dolche redet“.“

Immerhin ist es einigermaßen verzeihlich, wenn der Patient selber — die Regierung — unter dem Schmerz, den ihm der Operateur verursacht, sich ungebärdig zeigt und sogar gegen den letzteren schlägt. Was für Jammerkerle aber sind die Assistenten, die nicht allein selber nicht den Mut haben, den Operateur in seinem schwierigen Werk zu unterstützen, sondern ihm sogar noch in den Arm fallen und mit dem Patienten um die Wette auf den Operateur losschimpfen, wie es von bürgerlichen Rednern (mit geringen Ausnahmen) geschehen ist!

Indessen, war es nicht Nietzsche, der einmal schrieb, daß was im Niedergang ist, alles haßt, was aus der Lebensfrische, aus der Vollkraft und der Fülle kommt!

„Doch die Kastraten klagten,
Als ich meine Stimme erhob,
Sie klagten und sie sagten,
Ich sänge viel zu grob.
Darauf erhoben sie alle
Die kleinen Stimmelein,
Die Drillerchen wie Kristalle
Sie klangen so fein, so rein.“

Nur schade, daß die feinen bürgerlichen Kastratenstimmlein der parlamentarischen Kritik keinen Hund vom Ofen locken.

Uebrigens haben wir uns auch sonst den Haß der reaktionären Masse ehrlich und redlich verdient. Wieder sei ein Dichter zitiert — Bülow mag uns beneiden —: das „Laienbrevier“ des liebenswürdigen Pantheisten Leopold Schefer (1784—1862):

„Wenn du's so weit bringst, daß du Feinde hast,
Dann lob' ich dich.
Dir müssen feind sein, die die Knechtschaft wollen!
Dir müssen feind sein, die die Wahrheit fürchten!
Dir müssen feind sein, die das Recht verdrehen!
Stark ertrage
Der Schlechten Feindschaft; sie ist schwach und nichtig.
Und stehst du da als reiner, warmer Strahl
Des Himmelsfeuers, dann erwärmest du
Die Guten, und sie schließen sich an dich!“

Und heißt es nicht auch in der Bergpredigt nach Lucas (Kap. 6, 22—23): „Selig seid ihr, so euch die Menschen hassen und euch absondern (d. h. verfehmen), und schelten euch und verwerfen euren Namen als einen boshaftigen. Freuet euch alsdann und hüpfet. Desgleichen taten ihre Väter den Propheten auch.“ Eine Prachtstelle als Spiegel für unsere Hasser!

Es gab einmal eine Zeit, wo diejenigen, die heute unsere stärksten Hasser sind, der Sozialdemokratie Liebesblicke zuwarfen. Das war damals, als sie noch schwach war und die Zirkel der Klassen- und Kasteninteressen der heutigen Scharfmacher noch nicht stören konnte. Im Gegenteil hegten sie noch die Illusion, unsere Partei würde sich vor den politisch-reaktionären Wagen der Konservativen spannen lassen, um den liberalen Kapitalismus zu bekämpfen. Derselbe Stöcker, der das wüste Gekrächz der Kröcher und Kardorff und Oldenburg nach einem Kreuzzug gegen die Sozialdemokratie mit seinem ekelhaft dompfäffischen Gekreisch unterstützte, hat ihr noch lange Kußhände zugeworfen, als seine Spießgesellen schon zur Einsicht erwacht waren, daß für sie bei uns nichts zu holen ist. Jetzt sind auch ihm längst die Augen aufgegangen und wie andere abgeblitzte Roués beehrt er uns mit seinem giftigsten Haß, der bei seiner hinlänglich bekannten Persönlichkeit noch einen extra pikanten Beigeschmack hat.

Wir werden uns den Haß aller Feinde der Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit auch ferner in reichlichem Maße zu verdienen suchen, eingedenk des alten Spruchs: „Oderint, dum metuant!“

*) „Mögen sie hassen, wenn sie nur fürchten!“

Der Krieg in Ostasien.

Man muß es den Russen lassen, daß sie über die empfangenen Schläge sich leicht zu trösten wissen und genau berechnen können, daß eigentlich nicht sie, sondern die Japaner die Leidtragenden seien. So erklärte ein Offizier des russischen Marinestabes in einem Interview: Wir glauben zu wissen, daß der Zweck der letzten Beschießung von Port Arthur durch die Japaner lediglich der war, Markarows Flotte an der Störung der Truppenausschiffungen in dem koreanischen Hafen Tschinampa zu verhindern. Die Japaner bombardierten Port Arthur auch bei den früheren Anlässen nur, um ihre Truppenlandungen ungestört vollziehen zu können. Jetzt kehren ihre Transportschiffe nach Japan zurück, um neue Truppen nach Korea zu bringen. Dann dürfte abermals ein Bombardement von Port Arthur erfolgen, dessen Gesamtkosten der japanischen Kriegskasse jedesmal eine halbe Million Franks kosten.

Aber die Russen verbrauchen ihre Rubel, ohne irgend einen Erfolg zu haben.

Der „Standard“ meldet aus Tokio: Es liegt keine amtliche Bestätigung der von verschiedenen Zeitungen gebrachten Meldung, ein russisches Panzerschiff sei am letzten Freitag bei Port Arthur nach mehrstündigem Kampfe gesunken, vor.

Der russische Generalmajor Pflug telegraphiert unter dem 24. März aus Mukden: Die englische Meldung über den Uebergang der Japaner über den Tatungpaß, sowie über Gefechte mit den Russen, und daß den Japanern der Weg zum Vormarsch zum Motienpaß, wo sich angeblich eine starke russische Abteilung befinde, offenstehe, ist die reinste Erfindung. Ebenso sind auch die aus japanischen Quellen geschöpften Meldungen des „Daily Telegraph“ über ein am 19. März angeblich bei Port Arthur stattgefundenes Gefecht und über einen Zusammenstoß bei Söngtschön erfunden, wie auch die Meldung des „Daily Chronicle“, daß die Japaner Tatungkou überschritten.

Ferner liegt vor eine Meldung der russischen Telegraphen-Agentur aus Liaojang vom 24. März: Nach Meldungen aus zuverlässiger Quelle verlegte General Ma sein Quartier nach Tuntschan, seine Truppen sind nach Westen von der Hsiuniuhubahn zurückgegangen. Generalgouverneur Yuanschikai weilt in Tientsin, seine Truppen sind nach Paotingfu zurückgekehrt, wo sie früher standen.

Einem hartnäckig sich behauptenden Gerüchte zufolge beabsichtigen die Japaner in Gatsia, nördlich von Schanhaikwan, Truppen auszuschiffen. Zahlreiche japanische Spione befinden sich in Schanhaikwan und längs der Bahn nach Niutschwang. Die Abteilung des Generals Mischtschenko befindet sich wie bisher in Nordkorea, seine Rekognoszierungsabteilung vor Andschu. In den letzten Tagen fanden keine Zusammenstöße mit den Japanern statt.

Wie einem Tagesbefehl des russischen Kriegsministers zu entnehmen ist, wurde der Posten eines Chefs des Sanitätswesens der in der Mandschurei befindlichen Armee gebildet, der unmittelbar dem Oberkommandierenden dieser Armee unterstellt ist. Das Rote Kreuz beabsichtigt, in Blagowestschensk ein Lazarett für 1200 Betten einzurichten.

Der bei Wusung liegende japanische Kreuzer bleibt noch dort, da die Russen das Versprechen, das Kanonenboot „Mandschur“ gefechtsunfähig zu machen, noch nicht erfüllt haben.

Zur Nachrichtenübertragung bei den Truppentransporten auf dem Baikalsee bestellte die russische Regierung bei der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, System „Telefunken“, vor einigen Wochen Stationen für drahtlose Telegraphie, deren Absendung nach dem Baikalsee bereits erfolgt ist.

Der russische Dampfer „Malaga“, nach Odessa bestimmt, ist in den Suezkanal eingelaufen; er hat sechs Offiziere und 262 Mann an Bord, die das englische Kriegsschiff „Talbot“ von dem russischen Kreuzer „Warjag“ rettete. Die Leute trugen die Kleidung und Mützen, die ihnen von den englischen Matrosen gegeben worden waren.

Bürgerschaftswähler des 3. Bezirks!

Wählt am Freitag, 25. März,
den sozialdemokratischen Kandidaten

Paul Hoffmann!

Es gilt, das Wahlrecht demokratisch auszubauen, damit die Hamburger Bürgerschaft zu einer wirklichen Volksvertretung umgestaltet wird. Dahin strebt einzig und allein die **Sozialdemokratie!** Deshalb muß jeder Wähler, der eine gesunde Fortentwicklung unseres Staatswesens erstrebt, **sozialdemokratisch** wählen.

Stärkt die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerschaft, damit sie nachdrücklichst die Interessen der arbeitenden Bevölkerung Hamburgs vertreten kann.

Zur Entgegennahme der Stimmzettel wird das Wahllokal:

Schweinemarkt 8, bei Röver,
von 9 bis 6 Uhr geöffnet sein.

Zur Ausübung des Wahlrechtes sind nur diejenigen Wähler befugt, welche am Tage der Wahl in den Wählerlisten eingetragen stehen (§ 5 des Wahlgesetzes). Vor Abgabe des Stimmzettels hat der Stimmende seinen Namen den anwesenden Mitgliedern der Wahlkommission anzugeben und, falls er denselben nicht persönlich bekannt ist, sich über seine Person auszuweisen. Jeder Wähler hat seinen Zettel, auf welchem die Person, der er seine Stimme geben will, namhaft zu machen ist, nachdem derselbe verdeckt gestempelt worden, persönlich in den verschlossenen Zettelbehälter zu legen. Der Stimmzettel muß von weißem Papier, ohne äußere Kennzeichen und derart zusammengefaltet sein, daß der auf demselben verzeichnete Name verdeckt ist. Stimmzettel, welche diesen Erfordernissen nicht entsprechen, werden zurückgewiesen (§ 21 des Wahlgesetzes).

Wählt Paul Hoffmann!

Von der Weltbühne.

Die neue Flottenvorlage. Vor den Gerüchten über eine neue Flottenvorlage glauben die „Münchener Neust. Nachr.“ warnen zu sollen. Das Blatt will sehr guten Grund zu der Annahme haben, daß eine solche Vorlage nicht so bald kommt, wie jetzt behauptet wird, sicher nicht jetzt und vermutlich auch nicht im Etat 1905. „Und zwar sprechen drei gewichtige Gründe für eine Verschiebung: Erstens kommt in der Session 1904/05 das neue Militärquinquennat, das die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit und neue Organisationsforderungen bringen wird; es widerspricht aber jedem Brauch, daß zugleich in einem Etat Heer und Flotte mit großen und wichtigen Vorlagen an den Reichstag gehen. Zum zweiten hat man den sehr begreiflichen Wunsch, ein neues Marinegesetz auf eine wohlfundierte finanzielle Basis zu stellen; diese aber wird sich erst nach der Erneuerung der Handelsverträge konstruieren lassen und die Handelsverträge werden erst 1904/05 kommen. Drittens aber besteht das Bedürfnis, erst die Erfahrungen des russisch-japanischen Seekrieges abzuwarten und ihre Ergebnisse für den Ausbau unserer Flotte zu verwerten. Auch das wird eine längere Frist erfordern.“

Und das soll eine „Warnung vor unbegründeten Gerüchten“ sein? Nein, diese Darstellung ist ja geradezu eine Bestätigung der Ankündigung, daß eine große Flottenforderung in Aussicht stehe.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Daß wir im nächsten Jahre ein neues Flottengesetz zu erwarten haben, darf als feststehend betrachtet werden. Wenn aber ein Dresdener Blatt kürzlich nähere Mitteilungen über den Inhalt der zu erwartenden Vorlage brachte, so ist das lediglich Vermutung oder Kombination. Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß bindende Beschlüsse über die Einzelheiten des neuen Flottengesetzes noch in keiner Weise und an keiner Stelle gefaßt worden sind. Selbst über die Frage des Zeitpunktes, zu dem die Vorlage eingebracht werden soll, ist man noch nicht klar. Der nächste Reichstag wird sich mit einer neuen Heeresvorlage befassen müssen. Die Hauptfrage wird also die sein, ob die Heeresvorlage der Flottenvorlage vorangehen solle oder umgekehrt, oder ob sie gleichzeitig eingebracht werden sollen. Das letztere würde gewiß ein sehr offenes, aber auch sehr kühnes Vorgehen sein. Ob man sich dazu entschließen werde, bleibt also fraglich. Beurteilt man die Angelegenheit lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten, so liegt es auf der Hand, daß die Heeresvorlage, die ungleich wichtiger ist, eher erledigt werden muß als die Flottenvorlage. Freilich wird dann die bevorstehende Flottenvorlage einigermaßen ungünstig auf die Stimmung für die Heeresverstärkung wirken. Da aber in Aussicht gestellt worden ist, daß die Heeresvorlage nur geringe Mehrforderungen enthalten werde, dürfte dieser Gesichtspunkt kaum ausschlaggebend sein. Einen Konflikt fürchten wir anläßlich der Heeresvorlage nicht. Wohl aber kann die Flottenvorlage zu einem solchen den Anlaß bieten.“

Die „Allg. Marine- und Handelskorrespondenz“ fordert eine Flottenvorlage, welche es ermöglicht, „für den Auslandsdienst soviel Panzerkreuzer und soviel kleine Kreuzer zu bauen, daß für Ostamerika, Westamerika, Afrika, Südsee und Ostasien die erforderlichen Verbände formiert werden können“. Das werden nach Ansicht der Korrespondenz 24 Kreuzer nebst den erforderlichen Reserven, also 30 Kreuzer sein, von denen etwa 10 bis 12 Panzerkreuzer, der Rest kleine Kreuzer sind. Die Korrespondenz rechnet „für absehbare Zeit“ mit einer Verdoppelung der Flotte, also mit einer Flotte von vier Doppelgeschwadern mit den erforderlichen Reserven. „Binnen längstens zehn Jahren“ will die Korrespondenz das „dritte Doppelgeschwader im Wasser haben“.

Auch diese Auslassungen zeigen, daß hinter den Kulissen lebhaft agitiert wird für neue erhebliche Flottenforderungen.

Eine demagogische Leistung außerordentlicher Art vollbringt die „Kreuzzeitung“. Das Junkerorgan schreibt: „Es ist für einen deutschen Patrioten geradezu beschämend, wenn er in unserem Reichstage das Feilschen um die notwendigsten Forderungen für die deutsche Flotte in so ernster Zeit sehen muß und diese Erscheinung mit der Opferwilligkeit vergleicht, mit welcher das russische Volk trotz der Steuern, die infolge des Krieges drohen, freiwillige Beisteuern für die Vermehrung der Flotte aufbringt.

„Kaum waren die ersten Nachrichten von den Verlusten, die das Geschwader des Stillen Ozeans infolge der überraschenden Angriffe der Japaner erlitten hatte, nach Europa gedrungen, da regte sich auch sogleich mächtig das Nationalgefühl im russischen Volke. Ungeachtet der reichen Spenden für die Zwecke des Roten Kreuzes u. s. w. eilte man, Gaben zur Verstärkung der Flotte anzubieten.

„Auf Befehl des Kaisers wurde zum Zwecke der Konzentrierung der Sammlungen ein Komitee eingesetzt, dessen Ehrenvorsitz der Großfürst-Thronfolger übernahm, welches sich an die staatlichen, die Gemeinde- und ständischen Behörden, die Handels- und Industriekorporationen usw., sowie an die Redaktionen der Presse mit der Bitte wandte, solche Sammlungen zu veranstalten. Wie reich die auf diese Weise in der in Petersburg errichteten Kanzlei des Komitees eingehenden Gaben sind, erhellt aus den Veröffentlichungen in den Zeitungen. Tausende von Rubeln gehören keineswegs zu den Seltenheiten.“

Das ist denn doch ein geradezu grotesker Schwindel. Es gehört die plumpe Unverschämtheit des Junkerorgans dazu, den vorgeblichen „Patriotismus“ der russischen Nation gegen den deutschen Reichstag auszuspielen. In Rußland wurden auf Befehl des Kaisers „freiwillige“ Gaben für die Flotte gesammelt, d. h. die Gemeinden, die Handels- und Gewerbetreibenden 2c. müssen sich selbst eine Schatzung auferlegen, wenn sie nicht in den Verdacht des Hochverrats kommen wollen.

Und diese „Opferwilligkeit des russischen Volkes“ soll „geradezu beschämend“ sein für „deutsche Patrioten“! Ei, da mache man doch in Deutschland einmal nach russischem Muster die Probe auf den Patriotismus. Man lasse den Reichstag in Ruhe mit Flottenforderungen; man wende sich an die Reichen und Wohlhabenden, an die Junker, Großindustriellen, Handelsherren, Börsenkönige 2c. mit der Bitte um freiwillige Beisteuern für die Vermehrung der Flotte! Hat die „Kreuzzeitung“ den Mut, diesem Vorschlage zuzustimmen? Ach nein, denn sie weiß sehr gut, daß bei solchem Appell an den Patriotismus nichts herauskommen würde. Der Patriotismus derjenigen, welche die „Kreuzzeitung“ als „patriotisch gesinnt“ betrachtet, hat da ein Ende, wo die Interessen des Geldsacks anfangen. Diese Sippschaft ist, ihre eigenen Interessen wahrnehmend, immer nur patriotisch auf Kosten der Massen des arbeitenden Volkes.

Immer langsam voran! Die Sachverständigenkommission zur Vorberatung der Revision des Strafprozesses gedenkt, nach der „Nationallib. Korrespondenz“, in diesem Sommer die erste Lesung der ihr vorliegenden Fragen zu Ende zu führen, im nächsten Winter würde dann die zweite Lesung vorgenommen werden. „Wenn, wie zu erwarten, es gelingen wird, die Sachverständigenberatungen bis zum nächsten Frühjahr zu Ende zu führen, so würden dann die Regierungen mit der Arbeit beginnen, das fertig vorliegende Sachverständigenmaterial für die Aufstellung des Gesetzentwurfes so herzurichten, daß es verwertbar ist. Unter diesen Umständen kann allerdings das Jahr 1906 herankommen, bis die Reform an die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches gelangen wird.“

Und ob dann aus der Reform wirklich etwas wird, bleibt fraglich.

Zur Reichstagsersatzwahl in Sachsen-Altenburg, die durch die allem gesunden Menschenverstande hohnsprechende Ungültigkeitserklärung der Wahl unseres Parteigenossen Buchwald notwendig geworden ist, liegt die Mitteilung eines Leipziger Blattes vor, daß der Bund der Landwirte bei der bevorstehenden Reichstagswahl auf die Aufstellung eines Kandidaten verzichten und mit den übrigen Ordnungsparteien ein Kartell abschließen wolle. Als gemeinsamer Kandidat der Ordnungsparteien wird der Oberlandesgerichtsrat Porzig in Jena genannt.

Das Berliner Bündlerorgan erklärt, ihm sei von einer derartigen Absicht der Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte nichts bekannt; jedenfalls sei ein dahingehender endgültiger Beschluß noch nicht gefaßt worden.

Die Wahl Raabs in Eschwege-Schmalkalden ist, wie wir bereits mitgeteilt haben, von den Freisinnigen angefochten worden wegen angeblicher Nichtwählbarkeit Hugos, des sozialdemokratischen Kandidaten. Durch empfangene Armenunterstützung soll Hugo das Wahlrecht verloren haben. In der Tat erklärt jetzt der Magistrat von Kassel, daß Hugo Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten habe. Als er auf Grund der Aeußerung eines Beamten eine Bescheinigung verlangt habe, daß er das Wahlrecht nicht verliere, sei ihm vom Vorsteher des Armensekretariats eröffnet worden, „daß die Bescheinigung nicht gegeben werden könne, weil die Verpflegung seiner Ehefrau als eine öffentliche Unterstützung im armenrechtlichen Sinne nach Lage der Sache angesehen werden müsse. Hiernach konnte Hugo zu keiner Zeit im Irrtum darüber sein, daß die Unterbringung seiner Frau und seines Kindes im hiesigen Landkrankenhause als ein Akt der öffentlichen Armenpflege angesehen wurde. . . . . Daß Hugo zur Landtagswahl zugelassen worden ist, lag daran, daß die Auslegung der Wahllisten und die Wahl selbst bereits im November stattfanden, während die Anerkennung der Landarmeneigenschaft erst am 7. Dezember v. J. hier einging. Die Aufnahme des p. Hugo in die Wahllisten zur Stadtverordnetenwahl ist irrtümlich erfolgt. Hugo wohnte zur Zeit der Wahl noch keine zwei Jahre in Kassel.“

Die endgültige Entscheidung liegt nun beim Reichstag selbst, dessen Wahlprüfungskommission die Angelegenheit zu untersuchen hat.

Die Befähigungsnachweis-Frage in den Berichten der Petitionskommission des Reichstages. — Die Einführung des Befähigungsnachweises für das gesamte Handwerk hat der Innungsausschuß zu Goch beim Reichstage beantragt. Eine Reihe von Petitionen fordern wiederum den Befähigungsnachweis für das Baugewerbe. Eine Petition des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands erstrebt für die Bauhandwerker die Sicherung ihrer Forderungen und Einführung des Befähigungsnachweises. Der sächsische Verband der Vereine für Maschinisten und Heizer im Königreich Sachsen und in den Bundesstaaten des Deutschen Reichs verlangt Einführung und gesetzliche Regelung des Befähigungsnachweises der Maschinisten und Heizer auf Grund staatlicher Prüfung. Vom Regierungstische wurde auf die Erklärung des Staatssekretärs des Innern im Reichstage am 26 Januar d. J. verwiesen, wonach an eine Einführung des Befähigungsnachweises für das gesamte Handwerk nicht zu denken ist. Für das Baugewerbe liege das Ergebnis der an die Handwerkskammern gerichteten Rundfrage vollständig vor. Die Verhandlungen über die beteiligten Ressorts schweben noch, so daß über deren Stand eine Auskunft zur Zeit nicht gegeben werden könne. Die Forderung des Befähigungsnachweises für Maschinisten und Heizer sei neu. Der Bundesrat habe noch keinen Anlaß gehabt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Jedenfalls sei diese noch nicht soweit geklärt, um eine Berücksichtigung der Petition ohne weiteres als angängig oder ratsam erscheinen zu lassen. Die Petitionskommission beantragt, über die Petitionen um Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises für die Maschinisten und Heizer zur Tagesordnung überzugehen, dagegen die Petitionen, soweit sie sich auf Einführung des Befähigungsnachweises für die Bauhandwerker beziehen, dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Der Reichsinvalidenfonds hat nach dem an den Reichstag gelangten letzten Bericht der Reichsschuldenkommission vom 30. Juni 1903 einen bilanzmäßigen Vermögensstand von M. 280 612 483 aufzuweisen gehabt. Da sich der Kapitalwert der diesem Vermögen gegenüberstehenden Verbindlichkeiten auf M. 593 452 001 belief, so machte der Fehlbetrag zu dem genannten Termin nicht weniger als M. 312 839 258 aus. Der nach der Bilanz vom 30. Juni 1900 berechnete Fehlbetrag von M. 17 641 470 hatte sich demnach durch die Mehrbewilligungen auf Grund des Gesetzes über die bessere Versorgung der Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen, sowie durch die seitdem erfolgte Erhöhung der jährlichen Ausgaben für Beihülfen an hülfsbedürftige Kriegsteilnehmer um M. 295 198 058 erhöht. Diese Beihülfen im Betrage von 11,5 Millionen sind indessen im Etatsentwurfe für 1904 auf die ordentlichen Mittel des Reiches übernommen worden, und es würde sich nach dem Eintritt dieser Entlastung die Unterbilanz von M. 312 839 528 auf M. 198 120 000 vermindern. Unter Zugrundelegung des Kurses vom 30. Juni 1903 betrug der Vermögensbestand der Fonds M. 305 122 082, mithin gegenüber den oben berechneten M. 280 612 483 noch M. 24 509 599 mehr. Die nach Uebernahme der Beihülfen auf die ordentlichen Mittel des Reichs berechnete Unterbilanz von M. 198 120 000 würde hiernach immer noch rund M. 173 611 000 betragen. Mit der im Etatsentwurf für 1904 vorgenommenen Sanierung des Reichs-Invalidenfonds ist danach der ganze Mißstand noch nicht beseitigt. Am Schlusse des Januar 1904 betrug der Bestand des Invalidenfonds M. 285 160 222,95.

Zur preußischen Wahlrechtsreform. Wir teilten gestern mit, daß die Nationalliberalen im preußischen Abgeordnetenhause einen „Wahlreform-Antrag“ eingebracht hätten. Diese durch die ganze Presse gegangene, einer Parlamentskorrespondenz entstammende Mitteilung ist, wie die „National-Zeitung“ ausführt, unrichtig. Die Sache liegt folgendermaßen:

Am 27. Februar brachte die Reichspartei (Dr. Arendt und Genossen) folgenden Antrag zur zweiten Beratung des Ministeriums des Innern ein:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:
die königliche Staatsregierung zu ersuchen,

Louise Michel.

Eine edle Frau, eine begeisterte Kämpferin, eine treue Freundin der Unterdrückten ist dahingegangen. Am 22. März starb in London die „Petroleuse“ Louise Michel, die einst so viel genannte und so sehr verkannte Heldin des Proletariats. Wie wurde sie verleumdet von den Schergen und Skribenten des kleinen Scheusals Thiers, als der Aufstand der Kommunards im Mai 1871 im Blut erstickt und die gefangenen Barrikadenkämpfer, soweit sie nicht auf der Stelle abgeschlachtet worden, im Lager von Satory zusammengepfercht der Aburteilung durch die Kriegsgerichte harrten. Thiers Soldschreiber hatten die Aufgabe, die Gefangenen als des menschlichen Erbarmens und der Gerechtigkeit unwürdige Bestien zu schildern, um die Taten der Henker vor der Welt zu rechtfertigen. Und da war es besonders Louise Michel, an welcher die Hyänen des Schlachtfelds ihr Mütchen kühlten. Sie sollte die legendären Petroleusen organisiert und geführt haben; sie sollte verwundete Versailler ermordet haben. Von alledem war nicht ein Wort wahr; längst ist festgestellt, daß es Petroleusen im Kommuneaufstand gar nicht gegeben hat, daß von einer Organisation der Brandstiftung gar nicht geredet werden kann, und das Greueltaten gegen Verwundete zwar bei den Versaillern, nicht aber bei den Kommunards vorkamen. Hätte nur der Schatten eines Beweises gegen sie erbracht werden können, gerade Louise Michel, die verhaßte „rote Jungfrau“, hätte unter den Standrechtskugeln verbluten müssen; aber man verurteilte sie „nur“ zur Deportation!

Louise Michel wurde am 20. April 1833 als illegitime Tochter eines Aristokraten geboren; vom Großvater unterstützt, erlangte sie eine vorzügliche Bildung und wurde Lehrerin. Von Jugend auf republikanisch gesinnt, konnte sie natürlich unter dem Bas-Empire Napoleons III. nicht daran denken, an eine öffentliche Schule zu kommen, und widmete sich also dem Privatschulwesen. Ihr kindlich gutes Herz gewann ihr das Volk der Kleinen und ihre Erfolge im Lehrberuf waren darum groß. Aber nie vergaß sie über der Erziehungsarbeit die weiteren Aufgaben des Menschen. Schon unter dem Kaiserreich war sie bekannt als eifrige Agitatorin gegen den Despotismus, und das „niedere Volk“, das Proletariat von Paris verehrte die immer kampfbereite Freundin. Da brach das Kaiserreich zusammen, die Belagerung kam und dann der Aufstand in Paris.

Für Louise Michel gab es kein Besinnen. Natürlich trat sie sofort in die Reihen der Föderierten ein. Wie der tapferste Mann kämpfte sie auf den Barrikaden, und als die aufopferungsfähigste Frau pflegte sie die Opfer, die Verwundeten, ohne Unterschied, ob Föderierte oder Versailler; ohne Ansehen der Person leistete sie Hülfe, wo sie konnte. Das tat die „Petroleuse“, die „Furie“, die, mit den letzten Kämpfern gefangen, vor ein Kriegsgericht geschleppt wurde.

Am 16. Dezember 1871 wurde sie zur Deportation nach Neu-Kaledonien verurteilt. Die weite Reise auf einer ausrangierten Segelfregatte machte sie mit Rochefort zusammen. Im „Frauenkäfig“ des schwimmenden Gefängnisses war sie die Stütze der unglücklichen deportierten Frauen, der „Petroleusen“ — von deren „Verbrechen“ die Tatsache zeugt, daß eine von ihnen nebst ihren zwei Kindern nach Neu-Kaledonien transportiert wurde, weil sie ihren Gatten, einen Kommunard, einige Tage bei sich versteckt hatte. Rochefort, der sonst über alles und über jeden spottet, hat für Louise Michel nur Worte hoher Verehrung; die Gefangene, die ihre Schuhe an die Mitgefangenen gab und barfuß auf den heißen Planken des unter den Tropen langsam dahinziehenden Schiffes ging, brachte selbst diesem Skeptiker einen Begriff von der Seelengröße und der Aufopferungsfähigkeit einer edlen Frau bei. In der Verbannung auf dem entlegenen Eiland in der Südsee richtete Louise Michel eine Schule für die Kinder der Eingeborenen ein und war unermüdlich tätig.

Die Amnestie von 1880 befreite auch die „Petroleuse“. Sie kehrte nach Paris zurück und widmete sich wieder dem Dienste der Armen und Unterdrückten. Aber der Bourgeoisrepublik erschien die arme Lehrerin ebenso gefährlich wie dem Kaisertum. Als 1883 gelegentlich einer Demonstration einige Bäckerläden geplündert wurden, bezichtigten Spitzel und Bourgeoisjournalisten (in einem wohlgeordneten Staat greifen diese Berufe ja ineinander) Louise Michel der Aufforderung zum Raub, und die Bourgeoisrichter verurteilten sie prompt zu sechs Jahren Gefängnis. 1890, als sie sich an einer andern Demonstration beteiligt hatte, schlug man einen anderen Weg gegen die verhaßte Frau ein; man erklärte sie für geisteskrank und brachte sie ins Irrenhaus. Wieder entlassen, lebte sie abwechselnd in London und Paris, dann und wann, wenn sich Gelegenheit bot, politisch wirkend.

Nun ist das warme Herz, das immer nur für das Proletariat schlug, erkaltet. Mit stiller Trauer erfüllt der Tod der bescheidenen Heldin alle, die ihr Wirken kennen.

Louise Michel gehörte nicht zur Sozialdemokratie. Sie fühlte mit den Armen und Elenden, sie kämpfte für sie; aber sie versuchte nicht oder kam nicht dazu, die schwierigen Probleme der modernen Gesellschaft zu lösen und einem klar erkannten Ziele zuzustreben. Sie gehörte zu jenen unter den romanischen Völkern so häufigen Schwarmgeistern, die, vom Augenblicksempfinden getrieben, heroische Taten vollbringen können, ohne sich Rechenschaft abzulegen, was damit erreicht werden soll oder kann. Die Emanzipation des Proletariats, eine neue Gesellschaftsform, das war auch Louise Michels Ideal; aber das systematische, von logisch entwickelten Grundsätzen bestimmte zähe Arbeiten war nicht ihre Sache. Ein unbestimmter Anarchismus, der die infolge irgendwelcher Ereignisse plötzlich aus den Fesseln der Sklaverei befreite Menschheit ein schöneres Dasein führen läßt, mag ihr vorgeschwebt haben.

Aber was der armen, verfolgten Lehrerin ein dauerndes Andenken beim internationalen Proletariat sichert, das ist ihr edler, uneigennütziger Charakter, ihre Hingebung für die Bedrängten. Im Kämpfen und im Leiden groß und erhaben, so steht sie in der Geschichte!